



► **an den Grossen Rat**

Regierungsratsbeschluss
vom 25. März 2003

Anzug (Motion) Jan Goepfert und Konsorten betreffend Erlass eines Gesetzes
über die Integration von Ausländerinnen und Ausländer

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat an seiner Sitzung vom 8. November 2000 die nachstehende Motion Jan Goepfert und Konsorten dem Regierungsrat überwiesen:

„Der Regierungsrat hat der Migrations- und Integrationspolitik in den letzten Jahren einen neuen Stellenwert gegeben. Namentlich hat er Mitte 1999 ein vielbeachtetes Leitbild und Handlungskonzept zur Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt verabschiedet. Gleichzeitig wurden verschiedene Massnahmen in die Wege geleitet, welche eine Integration der ausländischen Wohnbevölkerung fördern sollen.

Für die Zukunft unseres Kantons ist es entscheidend, dass wir zu einer konstruktiven und ergebnisorientierten Migrations- und Integrationspolitik finden. Die diesbezüglichen Bemühungen der Regierung sind zu begrüßen. Die Neuausrichtung der Politik in diesem Bereich ist nicht zuletzt ein wichtiger Standortfaktor für Basel-Stadt.

Eine aktive und innovative Integrationspolitik sollte sinnvollerweise durch ein Integrationsgesetz abgestützt sein. Die entsprechenden Erfahrungen im Kanton Neuenburg sind gut. Die Unterzeichneten ersuchen deshalb den Grossen Rat, den Regierungsrat zu beauftragen, ein Gesetz über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern auszuarbeiten.

Das Gesetz soll folgende Inhalte regeln:

- es soll die Integration von Ausländerinnen und Ausländern als staatliche Aufgabe festschreiben
- es soll die Organisation der kantonalen Integrationspolitik in ihren Grundzügen festlegen
- es soll die Leitideen und die wichtigsten Umsetzungsbereiche der kantonalen Integrationspolitik umschreiben
- es soll die Regierung beauftragen, einmal pro Legislatur umfassend über den Stand und die Zielsetzungen der kantonalen Integrationspolitik zu berichten.“

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 25. April 2001 vom Schreiben des Regierungsrates (Nr. 0693 vom 7. Februar 2001) zur Motion Jan Goepfert und Konsorten betreffend Erlass eines Gesetzes über die Integration von Ausländerinnen und Ausländer Kenntnis genommen.

In der anschliessenden Debatte wurde die Motion mit 53 gegen 49 Stimmen in einen Anzug umgewandelt, der mit 78 gegen 10 Stimmen überwiesen wurde.

Der Grosse Rat ist damit mehrheitlich der Argumentation des Regierungsrates gefolgt, wonach der Zeitpunkt zur Schaffung kantonaler Rechtsgrundlagen für die Integration in Anbetracht der dynamischen integrationspolitischen Aufbauphase verfrüht gewesen wäre und das Gesetz erst nach Vorliegen von Erfahrungswerten an die Hand genommen werden sollte. Zudem sollte die Entwicklung auf Bundesebene und im Partnerkanton Basel-Landschaft berücksichtigt werden.

Heutiger Zwischenstand

Inzwischen liegen erste Erfahrungswerte zur Wirkung der Integrationsmassnahmen im Kanton Basel-Stadt vor. Die im Jahr 2000 geschaffene Projektorganisation mit den drei Gremien regierungsrätliche Delegation Integration (strategische Steuerung), Kommission für Migrations- und Integrationsfragen (Reflexion) und interdepartementales Netzwerk Integration (Koordination und Projekt-Controlling) hat sich bewährt. Sie gewährleistet eine fortlaufende Optimierung der Integrationsmassnahmen. Auch liegen erste Evaluationsresultate zu den einzelnen Projekten vor. Sowohl die Daten zum Informationsgrad der Bevölkerung wie zur Nachfrage nach Deutsch- und Integrationskursen zeigen eine positive Wirkung der Massnahmen. Ergänzt wird das Projektcontrolling des interdepartementalen Netzwerks Integration demnächst mit einer übergeordneten Berichterstattung zu mittel- und langfristigen sozioökonomischen Entwicklungen im Integrationsbereich, basierend auf aussagekräftigen Indikatoren und Kennzahlen. Dazu wird der Regierungsrat die Öffentlichkeit im Sommer 2003 informieren.

Im Kanton Basel-Landschaft hat der Landrat am 20. September 2001 eine Motion zur Schaffung eines kantonalen Gesetzes zur Förderung der Integration der Ausländer an den Regierungsrat (bzw. an die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion) überwiesen. Im Rahmen der engen integrationspolitischen Zusammenarbeit zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird die gemeinsame Erarbeitung der Integrationsgesetze derzeit abgeklärt. Eine Entscheidung über ein gemeinsames Vorgehen ist voraussichtlich im Juni 2003 möglich.

Auf Bundesebene stehen die parlamentarischen Beratungen zum bundesrätlichen Entwurf zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) an. Es ist mit kontroversen Debatten und auch mit einem Referendum zu rechnen.

Antrag

In Anbetracht der geschilderten Situation ist weiterhin ein schrittweises, pragmatisches Vorgehen angezeigt. Dem Grossen Rat wird deshalb beantragt, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen, den Anzug Jan Goepfert und Konsorten stehen zu lassen und ihn somit zur erneuten Berichterstattung zu überweisen.

Basel, 26. März 2003

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES
Der Präsident:

Dr. Christoph Eymann

Der Staatsschreiber:

Dr. Robert Heuss